

Volk und Parlament am Gängelband von Regierung und Verwaltung

Unser Staat basiert auf einem differenzierten und fein austarierten System von Gewaltenteilung und gegenseitiger Hemmung der Staatsgewalten. Es ist aber nicht zu übersehen, dass dieses Gleichgewicht in den letzten Jahren immer wieder massiv bedroht wurde. Sie erinnern sich sicher an diverse staatspolitisch bedenkliche Urteile der öffentlich-rechtlichen Kammer des Bundesgerichts und die unbotmässige Einflussnahme des Bundesrates auf umstrittene Abstimmungen. Diese verfassungsrechtlich bedenklichen Angriffe finden sich auf allen staatlichen Ebenen. Es bleibt aber nicht bei diesen Einzelangriffen. Genauso gefährlich sind systematische Verlagerungen von Legislative – also von Volk und Parlament - auf Exekutive und Judikative. Auf solche, teilweise verdeckte aktuelle Verlagerungen im Kanton Aargau möchte ich im folgenden näher eingehen.

Ich bin seit 2001 Mitglied des Grossen Rates. In diesen sieben Jahren wurde etwa der Grosse Rat auf 140 Mitglieder verkleinert, die wirkungsorientierte Verwaltungsführung wurde eingeführt, der doppelte Pukelsheim nahm die Abstimmungshürde und das Instrument des Planungsberichts wurde festgesetzt. All diesen Entwicklungen ist eines gemeinsam: Volk und Parlament werden entmachtet und im Gegenzug Regierung und Verwaltung massiv gestärkt. Ich möchte das an einigen Beispielen erläutern.

-Verkleinerung des Grossen Rates: Führte zu einer deutlichen Mehrbelastung des Milizparlaments. Die Anzahl Parlamentssitzungen nahm zwar ab, die Kommissionsarbeit für den Einzelnen wurde aber zeitlich deutlich intensiver. Viele Selbständigerwerbende und Unternehmer können sich dies nicht mehr leisten. Es findet eine Verlagerung zu Staatsangestellten und anderen Fixbesoldeten statt, die von ihrem Arbeitgeber bei vollem Lohn zeitlich entlastet werden. Das Rücktrittskarussell dreht sich permanent. Allein in diesem Jahr sind bereits zehn Parlamentsmitglieder zurückgetreten. Jedesmal geht viel politisches Know how und politische Erfahrung verloren und jedesmal gewinnt Regierung und Verwaltung zusätzlich an Einfluss.

-WVO (Wirkungsorientierte Verwaltungsführung): Vor der WVO-Abstimmung versprach man dem Parlament mehr Einflussmöglichkeiten über das Schrauben an zahlreichen Indikatoren und zudem erhebliche Effizienzgewinne. Die Praxis sieht völlig anders aus. Die Effizienzgewinne sind ausgeblieben und die

Steuerungsmöglichkeiten sind völlig ungenügend. Wortreich wird dem Parlament jeweils erklärt, warum man gerade im konkreten Fall nichts einsparen können. Der KAPF (Kommission für Aufgabenplanung und Finanzen) wird geraumer Zeit gesetzeswidrig der Zugriff auf das MIS (Management Information System) vorenthalten, das einen vertieften Einblick in den Finanzhaushalt verschaffen würde. WOV hat die parlamentarische Arbeit zudem wesentlich anspruchsvoller gemacht. Nicht jedes Parlamentsmitglied kann strategisch denken, viele sind mit den erhöhten intellektuellen Anforderungen überfordert. Zahlreiche Rücktrittsschreiben sprechen diesbezüglich eine deutliche Sprache und zeugen von grossem persönlichem Frust.

-Pukelsheim ohne Minimalquorum: Kleinstgruppierungen und Einthemenparteien werden den Parlamentsbetrieb in Zukunft noch mehr lähmen, führen zu labilen Mehrheiten und stärken dadurch einmal mehr Regierung und Verwaltung. Grosser Verlierer ist auch hier letztlich das Volk.

-Planungsberichte: auf einer hohen Abstraktionsstufe mit entsprechender Ungenauigkeit beschliesst das Parlament Leitsätze, die dann schon vor der eigentlichen Gesetzgebung hemmungslos und rechtswidrig umgesetzt werden (Polizeigesetz und Bildungskleeblatt lassen grüssen!). So wird z.B. die Einführung der integrativen Schulung ab 2014 von oben verordnet, ungeachtet des Ausgangs der Abstimmung im Jahre 2009. Ebenso kündigt Bildungsdirektor Huber bereits heute die Schliessung zahlreicher Oberstufenstandorte an, obwohl in dieser Sache noch überhaupt nichts beschlossen ist. Die Lehrer werden bereits heute spezifisch im Hinblick auf die Einführung des Bildungskleeblatts geschult. Die entsprechenden Kredite wurden nie gesprochen.

-GERAG (Gemeindereform AG): Die Vernehmlassungsvorlage zu diesem Geschäft zeigt in aller Deutlichkeit, wohin die Regierung steuert. Die Regierung will auf Teufel komm raus Gemeinden faktisch zwangsfusionieren und Zentrumsgemeinden mit nationaler, ja sogar internationaler Ausstrahlung aus der Retorte zaubern. Dabei soll offensichtlich auch Zwang angewendet werden. Die Maschinerie ist auch hier bereits am Laufen. Die Meinung von Volk und Parlament scheint auch hier nicht zu interessieren.

-Revision des Baugesetzes: Was hier unter Führung des freisinnigen Baudirektors Beyeler angezettelt wird, spottet jeder Beschreibung. Es sollen z.B. inskünftig regionale Sachpläne festgesetzt werden, welche die Planungsautonomie auf kommunaler Ebene massiv einschränken werden. Ebenso sollen viele wichtige Detailregelungen in Verordnungen und Dekrete ausgelagert werden. Damit werden Volk und Parlament ausgehebelt und die Oeko-Chaostruppe aus dem Buchenhof kann ungehindert wirken.

Es wäre falsch, wenn man die jüngsten Entwicklungen einfach Regierung und Verwaltung anlasten würde. Die Mehrheit des Parlaments und auch viele Stimmbürger realisieren nicht, dass sie sich laufend selbst entmachten. Eine kritischere Haltung gegenüber Regierung und Verwaltung täte dringend not. Was ist zu tun?

Wege aus dem Dilemma

Sämtliche Vorlagen sind immer unter dem Aspekt einer möglichen Entmachtung von Volk und Parlament zu prüfen.

Amtsgeheimnis einschränken (Grundsatz Öffentlichkeitsprinzip vgl. IDAG)

Kommissionen stärken (z.B. Befugnisse der GPK)

Sorgfalt in der Gesetzgebung erhöhen

WOV wieder abschaffen

Planungsberichte ablehnen, keine Leitsatzgesetzgebung

Pukelsheim mit Minimalquorum einführen

Vorlagen immer auf Übereinstimmung mit Parteiprogramm prüfen